

KURZ UND PRÄGNANT

Kompromiss für Straßenausbaubeiträge

Die rot-rot-grüne Koalition hat sich auf einen Kompromiss bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verständigt. Demnach soll das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden mit einer Ermessensregelung gestärkt werden, die Absenkungen der Beiträge ab dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des Gesetzes vorsieht. Ab dem 1. Januar 2019 können Gemeinden unter bestimmten Umständen gänzlich auf Beitragserhebungen verzichten. Dazu MdL Frank Kuschel: „Seit 1994 hat es die CDU versäumt, dieses Problem sowohl im Interesse der Kommunen wie auch der Bürger zu lösen. In der Kritik steht zu Recht die rückwirkende Erhebung für Ausbaumaßnahmen, die zum Teil mehr als 20 Jahre zurückliegen. Rot-Rot-Grün hat intensiv eine Begrenzung dieser Rückwirkung geprüft und musste feststellen, dass eine Stichtagsregelung verfassungsrechtlich bedenklich ist und zu Ungerechtigkeiten in einer Gemeinde führen kann. Zudem wären Ausgleichszahlungen an die Kommunen nicht ausgeschlossen, was zur Belastung des Landeshaushaltes geführt hätten.“ ■

Politisches Placebo hilft nicht weiter

„Der Beschluss des SPD-Parteivorstands zur ‚Reform‘ der Agenda 2010 klingt gut, ist aber nicht mehr als eine Mini-Reform und somit enttäuschend“, sagte MdL Ina Leukefeld. Der Kern der Agenda 2010, Hartz IV, werde nicht in Frage gestellt. Zwar begrüße sie die vorgesehene Verlängerung der Rahmenfrist für den Zugang auf ALG I auf drei Jahre, „aber das fordert DIE LINKE schon seit langem“. Eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes durch eine ALG-Qualifizierung sei „leider nur ein Placebo, denn es ändert nichts an der massiven Kürzung der ALG-I-Anspruchsdauer durch die Agenda 2010“. DIE LINKE bestand immer darauf, dass die Zeiten für Weiterbildung nicht auf das ALG I angerechnet werden und dass die Anspruchsdauer des ALG I (insbesondere bei Älteren) grundsätzlich erhöht wird. „Nur beides schafft substanzielle Entlastungen für die Betroffenen“, betonte die Abgeordnete. Nach Ansicht der LINKEN müssten weitergehende Fragen gestellt werden, z.B.: „Was ist damit, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit? Was ist mit der Abschaffung von Sanktionen, wo längst bewiesen ist, dass sie kontraproduktiv sind? Was ist mit der Abschaffung der so genannten Bedarfsgemeinschaften?“ ■

Aus parteipolitischer Motivation Zensur geübt

Landtagspräsident muss erklären, warum er das Vorgehen der Direktorin gebilligt hat

Offenbar wurde „aus parteipolitischer Motivation“ eine juristische Stellungnahme der Landtagsverwaltung für den Innenausschuss „zensiert“, um die CDU zu bevorzugen und vor dem Verfassungsverfahren in ihren Rechten beschneiden - zu unterstützen“, so die Fraktionsvorsitzende der LINKEN Susanne Hennig-Wellsow.

Landtagspräsident Christian Carius (CDU) müsse erklären, warum er das Vorgehen der Landtagsdirektorin Dr. Birgit Eberbach Born (CDU) - sie ist ständige Vertreterin des Präsidenten in der Verwaltung - gebilligt habe. Von den 36 Seiten, die der wissenschaftliche Dienst des Landtags angefertigt hatte, hatte sie 13 Seiten gestrichen. Dabei handelte es sich um wesentliche Passagen und wichtige Aussagen, die z.B. belegten, dass die CDU-Fraktion in den Ausschuss- bzw. Landtagsberatungen zum Vorschaltgesetz ein rechtlich unzulässiges, widersprüchliches Ver-

halten an den Tag gelegt hatte. Auch der Innenausschuss missbilligte in seiner Sitzung am 16. März die von der Direktorin „ohne fachliche Begründung vorgenommenen Streichungen“.

Nach Einschätzung des innenpolitischen Sprechers der Linksfraktion, Steffen Dittes, hat die Landtagsverwaltung massiv gegen ihre Neutralitätspflicht verstoßen. Die Landtagsdirektorin sei nicht mehr tragbar. „Welche Rolle Landtagspräsident Carius hier gespielt habe, werde sich noch zeigen“, so der Abgeordnete gegenüber dem MDR.

Mit dem skandalösen Vorgang wird sich jetzt (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Parlamentsreports) der Ältestenrat des Landtags beschäftigen. Innenminister Holger Poppenhäger (SPD) ließ verlauten, dass es ihm ausgeschlossen erscheine, „dass Herr Carius - oder gar die Direktorin des Landtags - den Landtag im Mai in dem Verfahren zur Gebietsreform vor dem Verfassungsgerichtshof vertritt“. Die Ausübung seines Amtes im Organstreitverfahren gegen die CDU-Fraktion sei „faktisch nicht mehr möglich“.

Der Landtagspräsident könne „die Mehrheit des Landtags nicht mehr mit der notwendigen Sachlichkeit und Unvoreingenommenheit vertreten“. Mit dem Eingriff der Landtagsdirektorin seien völlig eigenständige inhaltliche Themenkomplexe gestrichen worden. „Damit ist die Antragserwiderung in dem Organstreitverfahren der CDU-Fraktion gegen den Innenausschuss des Landtags vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof seiner inhaltlichen und rechtlichen Argumentationsstärke erheblich geschwächt worden.“ Übrigens war Dr. Holger Poppenhäger von 1994 an im Thüringer Landtag beschäftigt und war hier 1998 zum stellvertretenden Leiter der Abteilung „Parlamentsdienst und Wissenschaftlicher Dienst“ ernannt worden, ab 2007 stellvertretender Leiter der Abteilung „Zentrale Dienste, Petitionen“ und Leiter des Referats „Justizariat, Innerer Dienst, Protokollierung, G-10 Kommission und Parlamentarische Kontrollkommission“. 2009 erfolgte die Ernennung zum Justizminister und 2014 zum Thüringer Minister für Inneres und Kommunales. ■

„Fraktion vor Ort“ war zu Gast in Suhl



Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ der LINKEN im Thüringer Landtag war Fraktions- und Parteivorsitzende Susanne Hennig-Wellsow am 13. März in Suhl zu Gast. Am Nachmittag besuchte sie den Jugendclub „Jugendschmiede“. Dort wird unter dem Dach des Stadtjugendringes offene Jugendarbeit und Schulsozialarbeit in hoher Qualität betrieben. Deshalb begleitete auch der Fraktionsvorsitzende der Sühler Stadtratsfraktion und stellvertretender Vorsitzender des Stadtjugendringes, Philipp Weltzien, die Fraktionsvorsitzende zu dem Termin vor Ort.

Bei gemeinsamem Kochen gab es interessante Gespräche mit den Kindern und Jugendlichen zu Fragen wie Bundeswehr, bedingungsloses Grundeinkommen, Angela Merkel, Donald Trump, Aufrüstung und über die Arbeit und Ziele des Sühler Jugendforums. Wissen wollten die Kinder und Jugendlichen

auch, wie eine ehemalige Leistungssportlerin in die Politik gekommen ist.

Abends war Susanne Gast der öffentlichen Fraktionssitzung der Fraktion DIE LINKE im Sühler Stadtrat. Hier ging es in erster Linie um die Politik der rot-rot-grünen Landesregierung Thüringens. Was wurde auf den Weg gebracht, was muss weiterhin getan werden, um eine attraktive Politik im Sinne der Menschen zu machen?

Viele Themen wurden angesprochen wie die Gebietsreform, die Bildungspolitik einschließlich inklusives Schulgesetz, das beitragsfreie Kita-Jahr, die Zusammenarbeit innerhalb der Koalition, aber auch Fragen zur Friedenspolitik oder die mögliche Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl standen im Mittelpunkt der sehr interessanten und auch zum Teil nachdenklich machenden Diskussion.

Text/Foto: Ilona Burandt ■

Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt

Nachdem Brandenburg bereits im Januar den bundesweit ersten Erlass beschlossen hat, der Opfern rechter Gewalt ein Bleiberecht ermöglichen soll, ziehen die Thüringer Koalitionsfraktionen nach und wollen mit einem Landtagsbeschluss die Landesregierung zu einem ähnlichen Schritt auffordern. „Wir wollen auf Grundlage des geltenden Aufenthaltsrechts dafür sorgen, dass Opfer rassistisch motivierter Gewalttaten ein humanitäres Bleiberecht gewährt bekommen. Damit soll ein klares Signal an die Täter derartiger Angriffe gesendet werden, dass nämlich genau das Gegenteil dessen passiert, was sie eigentlich wollen: die Verunsicherung und Vertreibung der Menschen“, so die flüchtlingspolitischen Sprecherinnen Sabine Berninger (DIE LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Astrid Rothe-Beinlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Angesichts aktueller Zahlen ist dieses Signal aus Sicht der Politikerinnen „unerlässlich vor dem Hintergrund eines 90-prozentigen Anstiegs rassistisch motivierter Gewalttaten“. 103 Fälle rassistisch motivierter Gewalt registrierte die mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (ezra) im vergangenen Jahr. „Nie zuvor wurden in Thüringen so viele Angriffe aus rassistischen Motiven gezählt“, so ezra. „Ganz konkret ist uns auch wichtig, dass die Opfer, die zugleich ZeugInnen sind, den Ermittlungsbehörden tatsächlich bis zum Abschluss der Verfahren zur Verfügung stehen.“ ■